



Prof. Dr. Lars Castellucci
Mitglied des Deutschen Bundestages

Fabian Funke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frank Schwabe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Schluss mit dem Massengrab Mittelmeer durch ein humanes und kontrolliertes Asylmanagement – Ein Impuls

In den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie den zum Schengen-Raum gehörenden Ländern Norwegen und der Schweiz wurden laut der EU-Asylagentur EUAA im Jahr 2023 (Stand Oktober) bereits über 800.000 Asylanträge von Schutzsuchenden gestellt. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entfallen davon auf Deutschland über 250.000 Asylanträge (Stand September) – eine Steigerung zum Vorjahr von über 70%. Dazu kommen nach Schätzungen der EU-Grenzschutzagentur Frontex zusätzlich EU-weit über 160.000 irreguläre Einreisen (Stand August).

Die EU-Mitgliedsstaaten hätten gemeinsam ohne Weiteres die Ressourcen und Kapazitäten diese Anzahl an Schutzsuchenden aufzunehmen. Die Etablierung eines solidarischen Verteilungsschlüssels unter allen 27 Staaten scheidert jedoch fortlaufend an der politischen Blockadehaltung einiger Mitgliedsstaaten. Die GEAS-Reform legt zwar den Grundstein für solidarische Verteilungs- und Finanzierungsmöglichkeiten in der Zukunft, umfasst jedoch in ihrer aktuellen Form nur ein kleines Kontingent und wird somit die aktuellen Herausforderungen kurz- und mittelfristig nicht lösen können.

Das Resultat dieser gegenseitigen Blockade der EU-Staaten ist vor allem eins: unfassbares menschliches Leid auf den Fluchtrouten – insbesondere auf dem Mittelmeer. Nach Zahlen des Missing Migrants Projects sind in diesem Jahr (Stand September) bereits 2.300 Schutzsuchende auf dem Mittelmeer gestorben. Die Dunkelziffer liegt noch wesentlich höher. An den EU-Außengrenzen und in den Transitstaaten ist eine prosperierende Schleuser- und Schlepperwirtschaft entstanden. Schutzsuchende müssen für den Weg in die EU nicht nur bei der Überfahrt auf überfüllten Booten oder in LKWs ihr Leben riskieren, sondern ihr Hab und Gut an Kriminelle weitergeben. Zudem kam es in den letzten Jahren an den EU-Außengrenzen immer wieder zu Pushbacks und gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch die Grenzbehörden vieler EU-Staaten.

Schaffen die EU und ihre Mitgliedsstaaten es nicht, sichere Fluchtrouten zu gewährleisten und irreguläre Migration zu begrenzen, wird das Sterben auf dem Mittelmeer und den anderen Fluchtrouten weitergehen. Auch in Deutschland wird die mangelnde Steuerung von Migration als Problem empfunden. Wer über den Asylweg nach Deutschland kommt, bleibt faktisch in den meisten Fällen. Aber im falschen System.

So sinken sowohl die Akzeptanz für Geflüchtete als auch für die gesellschaftlich notwendige geregelte Arbeitsmigration. Leidtragende sind die Kommunen, die sich oftmals sowieso in einer finanziell angespannten Lage befinden und jetzt zusätzliche Infrastruktur im Bereich von Wohnungen und Bildung schaffen müssen. So entsteht **ein im Kern vermeidbarer und selbst produzierter Konkurrenzdruck zwischen Schutzsuchenden und den Bürger:innen um öffentliche und soziale Infrastruktur. Die langfristige finanzielle Entlastung der Kommunen**

muss deshalb auch im Umgang mit Migration und Flucht fester Bestandteil unseres sozialdemokratischen Ansatzes sein.

Rechtsextreme Akteure nutzen diese Situation zur Stimmungsmache gegen Schutzsuchende. Leider beteiligen sich auch demokratische Parteien am Überbietungswettbewerb untauglicher Vorschläge. **Plakative Vorschläge wie die sogenannte Obergrenze oder flächendeckende Grenzkontrollen sind entweder rechtswidrig oder unwirksam. Abschiebungen traumatisieren diejenigen, die betroffen sind ebenso wie deren Lebensumfeld und die abschiebenden Beamten, sind zeitaufwändig und teuer. Sie ändern an den Zahlen kaum etwas, weichen aber das Recht auf Asyl und die Rahmenbedingungen zulasten von Geflüchteten weiter auf und sind mit unseren Grundwerten nicht vereinbar.**

Auch die Akteure des progressiven politischen Spektrums bieten derzeit keine schlüssigen Gesamtlösungen an. Es ist oftmals ein Abwehrkampf ohne Perspektive auf eine breit akzeptierte Politik, die das Asylrecht im Kern erhält und stärkt. Die beschlossene GEAS-Reform legt zwar den Grundstein für weiterführende Reformen in der Zukunft, wird jedoch die fundamentalen Probleme der europäischen Asyl- und Migrationspolitik kurz- und mittelfristig nicht beheben. **Ohne praktikable und umsetzbare Lösungen wird das Sterben im Mittelmeer weitergehen. Die deutschen Kommunen werden ohne einen fundamentalen Wechsel in der Investitions- und Finanzpolitik des Bundes weiterhin vor erheblichen Herausforderungen stehen.**

Der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 hat die bestehenden Probleme bereits erfasst und einen Lösungsansatz formuliert. Diesen gilt es nun mit Leben zu füllen.

Die Ziele einer humanen, sozialdemokratischen Asylpolitik sind für uns klar:

1. Das Sterben auf dem Mittelmeer und allen anderen Fluchtrouten muss beendet werden.
2. Das Grundrecht auf Asyl muss ohne Einschränkungen gewahrt und Schutzsuchenden dessen Wahrnehmung ermöglicht werden, ohne dass sie dafür ihr Leben riskieren oder Schleusern und Schleppern ein Vermögen zahlen müssen.
3. Es müssen sichere Flucht- und Migrationsrouten für Schutzsuchende in die EU geschaffen werden.
4. Irreguläre Migration muss wirksam begrenzt und geordnet werden.
5. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die Genfer Flüchtlingskonvention müssen vollständig eingehalten werden.
6. Pushbacks durch die Grenzschutzbehörden von EU-Mitgliedsstaaten müssen vollständig gestoppt werden.
7. Schleusern und Schleppern muss ihre Geschäftsgrundlage entzogen werden.
8. Der menschenwürdige Umgang mit Schutzsuchenden muss auf allen Stationen ihrer Reise gewährleistet werden.
9. Autoritäre Regime, die systematisch Menschenrechtsverletzungen an Schutzsuchenden begehen, dürfen nicht gefördert werden.
10. Wir müssen umsetzbare Lösungen finden, die eine realistische Chance darauf haben von allen 27 EU- Staaten akzeptiert und umgesetzt zu werden. Das Beharren auf momentan nicht mehrheitsfähigen Ideallösungen führt unwillentlich dazu, dass der tödliche Status-Quo bestehen bleibt.

Wir schlagen deshalb folgenden Lösungsweg vor, um die Ziele einer Asylpolitik der humanen Kontrolle zu erreichen:

Es muss endlich eine staatlich organisierte Seenotrettung durch die EU geben. Eine EU, die sich auf Demokratie und Menschenrechte beruft, darf nicht länger tatenlos zusehen, wie ihre Außengrenzen weiter zu einem Massengrab werden.

Schutzsuchende müssen die Möglichkeit bekommen, Asylanträge für EU-Mitgliedsstaaten zu stellen, ohne dass sie ihr Leben riskieren und sich in die Hände von Schleppern und Schleusern begeben. Deshalb schlagen wir die **Einrichtung von „Migrations-Zentren“ in sicheren Drittstaaten als Anker- und Anlaufpunkt für Schutzsuchende** vor. Dort sollen Schutzsuchende die Möglichkeit der Stellung und schnellen Bearbeitung ihrer Asylanträge bekommen. Jeder Person, die die gesetzlichen Kriterien für Asyl erfüllt, wird ein Schutzstatus gewährt. Es gibt keine Obergrenze für Schutzsuchende. So wird irreguläre und lebensbedrohliche Migration durch legale und sichere Migration ersetzt. In den **„Migrations-Zentren“** sollen langfristige Visa ausgegeben- sowie anschließende Möglichkeiten der regulären und sicheren Einreise in die EU geschaffen werden.

Die „Migrations-Zentren“ in sicheren Drittstaaten müssen in einer Kooperation aus UNHCR, EU und dem jeweiligen Drittstaat betrieben werden. Auch eine Integration weiterer demokratischer nicht-EU-Staaten – wie beispielsweise Kanada oder das Vereinigte Königreich – in den Betrieb der Zentren ist denkbar. **Eine schutzlose Auslieferung der Schutzsuchenden an den Drittstaat – wie z.B. derzeit in Tunesien – muss ausgeschlossen werden.** Alle humanitären und menschenrechtlichen Standards müssen in diesen Einrichtungen gewahrt bleiben. Wir vertrauen darauf, dass das europäische Rechtssystem aus dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dem Europäischen Gerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren und den Einklang mit internationalen Konventionen wirksam überprüft. Keine Person darf in diesen Einrichtungen gegen ihren Willen festgehalten werden.

Teil eines umfassenden und wirkungsvollen Konzepts sind auch **Rückführungsabkommen der EU mit sicheren Drittstaaten**, die die Interessen unserer Partnerinnen und Partner berücksichtigen. Dabei verpflichtet sich der Drittstaat, eine feste Anzahl an irregulär in die EU gelangte Personen aufzunehmen. Diese werden in die **„Migrations-Zentren“** überführt, damit dort ihre Asylanträge bearbeitet werden. Bei positivem Bescheid wird über Kontingente die sichere Reise in die EU gewährleistet. Diese Form des klassischen „Resettlement“ sendet das Signal, dass die **„Migrations-Zentren“** der zentrale Anlaufpunkt für Schutzsuchende sind und diese sich nicht auf den tödlichen Weg über das Mittelmeer begeben müssen. Der Drittstaat erhält dafür im Gegenzug u.a. Zuwendungen für seine Regionen und Kommunen, die die **„Migrations-Zentren“** beherbergen. Auch Visa-Liberalisierung und vereinfachte EU-Arbeitsvisa für die Staatsbürger des Drittstaats sind denkbar. Solche Abkommen mit Drittstaaten schaffen Stabilität und Ordnung in der Migrationspolitik, denn die Drittstaaten sind so nicht bloße Transitzone, sondern sind fest in die politische Gestaltung von Migration integriert.

Die Sicherheit der Schutzsuchenden muss nicht nur in den **„Migrations-Zentren“**, sondern auch entlang ihrer gesamten Fluchtroute gesichert werden. Dafür wollen wir den Stellenwert und Einsatz des UNHCR aufwerten. **Es muss entlang der Fluchtrouten gut erreichbare und**

sichere Orte für Schutzsuchende geben. Das UNHCR ist hierfür der geeignete internationale Partner. Das UNHCR benötigt hierfür ein klares Mandat. **Auch aus diesen Zentren heraus kann dann für Schutzsuchende das „Resettlement“ nach Europa erfolgen, beispielsweise in die Städte des Netzwerks *Sichere Häfen*.** Hierzu bedarf es bilateraler Verhandlungen und Ressourcen.

Uns ist bewusst, dass eine sozialdemokratische Ideallösung anders aussieht. Auch wir wünschen uns weiterhin eine solidarische Verteilung von Schutzsuchenden und den Ressourcen, um diese zu versorgen und zu integrieren, sowie die Etablierung von sicheren Fluchtrouten. Solange einzelne Staaten eine solche Lösung jedoch blockieren und mehr und mehr Staaten Geflüchtete abwehren wollen, stehen wir in der Pflicht, alle Alternativmöglichkeiten in Betracht zu ziehen, die das unermessliche Leid an den EU-Außengrenzen beenden können, das Asylrecht erhalten oder für viele überhaupt wieder ermöglichen, Akzeptanz für reguläre Migration schaffen und die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten auf dem europäischen Kontinent im Sinne eines humanen Umgangs mit Geflüchteten bewahren.